

BÜRGER-AKTIV

DAMIT ES UNS AUCH MORGEN NOCH GUT GEHT

13. Jahrgang

März 1988

Folge 88

Das „atomrechtliche Genehmigungsverfahren“ wird neu aufgerollt und muß von vorne begonnen werden. Die erste Genehmigung 1985 war wegen des Widerstands gegen die Atomfabrik in einem außerordentlichen Eilverfahren zusammengestellt worden. Man hat die Öffentlichkeit überrollt. Schon im vorigen Jahr hat der bayerische Verwaltungsgerichtshof deshalb Teilerrichtungen genehmigungen aufgehoben. Nun muß der gesamte Atomfabriksplan „unter ausreichender Beteiligung der Öffentlichkeit neu ausgelegt werden“.

Nach Meinung der Verwaltungsrichter fehlt der geplanten Atomfabrik auch das „positive Gesamturteil“. Die bayerische Staatsregierung versuchte dem durch mehrmaliges „Spalten“ der Genehmigungen auszuweichen.

Hintergrund der neuen Aktivitäten: Vom 22. Februar bis 22. April 1988 liegt der neue Sicherheitsbericht der „Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ für die WAA beim bayerischen Umweltministerium in München sowie im Landratsamt Schwandorf zur Einsicht auf. Einsprüche dagegen können nicht nur von Bürgern der BRD, sondern auch aus angrenzenden Staaten erhoben werden.

Wer keine Einwendungen erhebt, verliert nach deutscher Rechtsprechung seine Grundrechte auf Leben, Gesundheit und Eigentum und kann diese dann gegenüber der Anlage nicht mehr geltend machen. Auch nach einem Atomunfall sind Schadenersatzansprüche nicht mehr möglich. Die Rechte zukünftiger Generationen müssen nach deutschem Recht von den heute Lebenden geltend gemacht werden.

EINWAND!



Liebe Freunde, jetzt ist die große Chance da, Wackersdorf womöglich abwehren zu können:

1. Bitte schicken Sie die ausgefüllte Einwendung möglichst bald, spätestens bis 15.4.1988, an uns zurück. Wir schicken gesammelt (mit Zustellnachweis) nach München.
2. Bitte suchen Sie sich aus den beiliegenden Argumenten - es gibt noch viele andere - für Sie passende aus und formulieren Sie frei. Jede Einwendung wird individuell behandelt. Sie kostet nichts.
3. Bitte gehen Sie mit Ablichtungen zu Freunden, Bekannten und Verwandten und ersuchen Sie sie, ebenfalls einzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany
4490 St. Florian

F. Witzany

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Redaktion
Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)
Alle 4010 Linz, Landstr. 31, Postfach 167
0732/274275 oder 279279

Eigenvervielfältigung

P.b.b.

Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4020 Linz



RETTET DIE ERDE

WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)

Aktionsgemeinschaft zum Schutze von Natur, Landschaft, Tier und Mensch

Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich

Sektion Österreich

A-4010 Linz, Landstr. 31, Postfach 167

Linz, am 28. März 1988

An das

Bayerische Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umwelt

Rosenkavalierplatz 2

D-8000 München 81

Betrifft: Einwendung gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in
Wackersdorf, Landkreis Schwandorf.

Der Weltbund zum Schutze des Lebens, Sektion Österreich, erhebt gemäß deutschem
Atomgesetz § 7

E I N W E N D U N G

gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage mit Mischoxid-
Brennelemente-Fabrik in Wackersdorf, Landkreis Schwandorf, Bundesrepublik Deutsch-
land durch die Betreiberfirma Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von
Kernbrennstoffen (DWK). (Bekanntmachung des Bayr. Staatsministeriums für Landes-
entwicklung und Umwelt vom 9.2.1988, Nr. 9241-72-6853.)

Der Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) tritt seit nunmehr 30 Jahren gegen die
Kernspaltung auf. Er war der erste Verein in Österreich, der den Protest gegen
Zwentendorf formuliert hat. In Österreich ist es gelungen, die sogenannte fried-
liche Nutzung der Atomenergie abzuwenden. Wir nehmen daher das Recht in Anspruch,
uns auch gegen ausländische Atomanlagen zu wehren.

Die WAA Wackersdorf gefährdet jedenfalls sowohl in Normalbetrieb als auch im
Störfall Leben und Gesundheit der österreichischen Bevölkerung. Dazu führen wir
einige Gründe an:

b.w.

1. Durch eine konzentrierte Anhäufung radioaktiver Stoffe ist die WAA weitaus gefährlicher als ein Atomkraftwerk. Bei den häufigen Nord- und Nordwestwetterlagen bekommt Österreich unzumutbar hohe Strahlung ab.
2. Viele Radionuklide lassen sich technisch nicht zurückhalten bzw. beherrschen.
3. Die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung ist durch die zusätzliche Strahlung gefährdet. Es sind Krebs-, Leukämiefälle und Erbschäden zu erwarten. Es gibt keine Dosis, die unschädlich wäre.
4. Wackersdorf könnte auch der Platz für ein atomares Endlager werden. Weltweit ist die Lagerung des hochaktiven Atommülls ungelöst. Bei der Wiederaufarbeitung fallen gefährlichste Müllmengen an, die sich nicht lagerfähig machen lassen.
5. Die Sicherheit für die nuklearen Transporte zur und von der WAA ist nicht gegeben. Die Möglichkeit der Abzweigung nuklearen Materials, menschlichen und technischen Versagens und terroristischer Anschläge ist vorhanden.
6. Bei einem Störfall und entsprechender Wetterlage müßte Österreich innerhalb weniger Stunden evakuiert werden. Es gibt keine Information (Katastropheneinsatzpläne) der Betreiber an die österreichische Bevölkerung.
7. Aus dem in der WAA abgespaltenen Plutonium können auch Bomben hergestellt werden. Es könnte eine strategische Situation eintreten, in der sich die Bundesrepublik als Nato-Mitglied veranlaßt sieht, unter Mißachtung aller Verträge, die Bombe trotzdem zu bauen.

Soweit die uns am wichtigsten erscheinenden Argumente. Allgemein stellen wir fest, daß durch die harte Technologie der Atomenergie eine menschen- und umweltfreundlichere Energiepolitik unmöglich gemacht wird. Neben den vielen zu erwartenden Einwendungen müßte auch zu denken geben, daß das Projekt der Wiederaufarbeitung ein ökonomischer Flop wird.

Ing. Volkmar Baurecker
(Präsident)


Dipl.-Ing. Friedrich Witzany
(Vizepräsident)

Geplante Regulierung der Maltsch
im Gemeindegebiet Leopoldschlag

Problemdarstellung:

Die Maltsch entspringt in Sandl und wird nach wenigen Kilometern Grenzbach zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, bis sie nach ca. 18 Kilometern gemeinsamer Grenze in der Nähe von Wulowitz in der Gemeinde Leopoldschlag Österreich verläßt und bei Budweis in die Moldau mündet.

Als Grenzbach ist die Maltsch mit Ausnahme eines Stückes in unmittelbarer Nähe des Marktes Leopoldschlag naturbelassen und unreguliert und deshalb bereits von hohem ökologischen und landschaftlichen Wert. Wo die Talmulde breit ist, mäandriert der Bach zwischen einer üppigen Ufervegetation, begleitet von Feucht- und Streuwiesen und Ufergehölzen. Der ganz besonders hohe Wert ist auch darin zu sehen, daß von tschechischer Seite auf die landwirtschaftliche Nutzung der Uferwiesen verzichtet wird.

In einem Abkommen zwischen Österreich und der CSSR ist die Regulierung und Grenzbereinigung entlang der Maltsch von Leopoldschlag bachabwärts bis unter die Ortschaft Stiegersdorf auf einer Länge von ca. 5 km festgelegt worden, wobei ein Teilstück im Ortsbereich von Leopoldschlag in den 70er Jahren bereits ausgebaut wurde, eine Allerweltsregulierung, geometrisch und kahl und den damaligen Ansichten entsprechend. Der weitere Ausbau für die restlichen mehr als 3 km wird nun von verschiedenen Seiten in die Diskussion gebracht, ein Projekt, das mehr als 70 Mio. Schilling kosten soll.

Dazu einige kritische Feststellungen, die die Situation auf der österr. Seite betreffen:

Durch die Maltsch und deren Hochwässer ist kein einziges Objekt gefährdet (auch auf tschechischer Seite nicht).

Die Milderung der Hochwassersituation infolge Regulierung würde sich ausschließlich auf landwirtschaftliche Grundstücke beziehen.

Auch Verkehrswege sind nicht gefährdet.

Dem Vernehmen nach fordern besonders die angrenzenden Landwirte die Regulierung.

Für sie als unmittelbar Betroffene zählen nur Arbeitserleichterung, besseres und mehr Futter und daher Produktionssteigerung.

Das Dilemma der Agrarpolitik schlägt hier wieder voll durch. Einerseits ist eine Erhöhung landwirtschaftlicher Produktion (Milch und Getreide) unerwünscht und darf und kann nicht mehr das Ziel der Agrarpolitik sein. Die Bauern subventionieren zum Teil ihre eigene Überproduktion. Würden sie weniger produzieren und solidarisch zusammenstehen, hätten sie dasselbe Einkommen. Zwei Drittel des gesamten Budgets der EG, z.B. geht dafür auf, die landwirtschaftliche Überproduktion zu finanzieren. Auswüchse und Schildbürgerstreiche, daß Butter 3 Jahre gelagert wird, um sie dann, mit Magermilch vermischt, den Kälbern zu verfüttern, sind an der Tagesordnung.

Andererseits getraut sich niemand, den Bauern reinen Wein einzuschenken. Politiker und Landesvertreter wiegen sie in einer falschen Sicherheit. Niemand sagt ihnen, daß sie grundsätzlich andere Wege gehen müßten, um das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu gewinnen. Niemand sagt ihnen auch, daß es angesichts der Budgetsituation unverantwortlich und ohnehin unmöglich ist, ein Projekt wie z.B. die Maltschregulierung mit 90 % öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Bach- und Flußregulierungen, überhaupt dann, wenn kein Objektschutz damit verbunden ist, gehören der Vergangenheit an.

Die Landwirte werden in Zukunft verstärkt den Landschaftsschutz und die Landschaftspflege in einer vielfältig und vernetzt gestalteten Landschaft zu übernehmen haben, und sie sind dafür entsprechend zu bezahlen. Für diese Umschichtung gibt es in Agrarkreisen leider noch wenig Verständnis.

Im konkreten Fall ist dafür zu sorgen, daß die betroffenen Landwirte entlang der Maltsch entschädigt werden, wenn sie durch Hochwässer Schäden erleiden und daß sie einen Pflegeausgleich für die Pflege der Streuwiesen bei der Verpflichtung erhalten, daß sie diese nicht entwässern.

Somit wäre für alle Betroffenen ein volkswirtschaftlich tragbarer Kompromiß möglich. Umso bedauerlicher ist es, daß von manchen Seiten versucht wird, zwischen die Landwirte und die Natur- und Umweltschützer einen Keil zu treiben.

Das zusätzlich in die Diskussion gebrachte Argument, daß die Maltschregulierung eine übersichtliche Staatsgrenze zur Folge hätte, kann für Österreich nicht maßgebend sein. Die bestehende Grenze, wo sie vom Bett der Maltsch abweicht, kann durch Pflöcke und Tafeln für jedermann sichtbar gemacht werden.

Zusammenfassend wird festgestellt:

Das Tal der Maltzsch ist im vorgesehenen Regulierungsbereich von besonders hohem ökologischen und landschaftlichen Wert, der alle anderen Interessen an der Regulierung übersteigt.

Die Kosten der Regulierung sind volkswirtschaftlich nicht zu vertreten. Hingegen sind Mittel aufzubringen, damit die Landwirte für den Ernteentgang und die Pflege entschädigt werden.

Eine infolge der Regulierung übersichtlichere Staatsgrenze kann zumindest für Österreich kein schwerwiegendes Argument sein.

Zur Vorgangsweise wird neben einer ausgewogenen, aufrichtigen und objektivierenden Darstellung vor den Betroffenen und der ansässigen Bevölkerung empfohlen, auch die tschechischen Behörden und Politiker mit der Angelegenheit zu befassen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß es in Österreich schwerwiegende Argumente gegen die Regulierung gibt.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich alle Natur- und Umweltschutzorganisationen und mit ihnen ein großer Teil der Bevölkerung gegen das Projekt aussprechen werden.

Mit der vorliegenden Problemdarstellung und dem Ersuchen, dazu Stellung zu nehmen soll, erreicht werden, daß von möglichst vielen kompetenten Positionen aus die Angelegenheit diskutiert wird.

Ing. Volkmar Baurecker

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im
Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

4010 Linz, Postfach 167

Wir sind den Ärzten dankbar, daß sie sich als Verantwortliche für unsere Gesundheit durch ihre Ständesvertretung äußerst kritisch zum Atomkraftwerksprojekt Stein-St. Pantaleon geäußert haben. Im folgenden wird die Stellungnahme der Ärztekammer, die in der Steyrer Zeitung vom 23.1.1975 vollinhaltlich abgedruckt war, wiedergegeben.

MEMORANDUM DER ARZTEKAMMER FÜR OBERÖSTERREICH
ZUM GEPLANTEN ATOMKRAFTWERK STEIN - ST. PANTALEON.

Bei dem geplanten Atomkraftwerk handelt es sich nach vorliegenden Informationen um ein Kernkraftwerk mit Leichtwasserreaktor. Die weltweite Auseinandersetzung über diese Form der Energiegewinnung und ihre Risiken ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, und dieses Verfahren muß somit als unausgereift bezeichnet werden.

Es steht außer Streit, daß es keine unschädliche Dosis von Radioaktivität gibt. Die wissenschaftlichen Grundlagen der biologischen Schädigung durch ionisierende Strahlung lassen ein Ansteigen somatischer Erkrankungsfälle (z.B. Krebs, Leukämie und sonstige bösartige Tumoren) einerseits, sowie von den sich über viele Generationen erstreckenden Erbschäden andererseits mit Sicherheit erwarten, da es kein Atomkraftwerk gibt, von dem nicht selbst im Normalbetrieb Radioaktivität an die Außenwelt abgegeben wird.

Damit sind schon mit dem Normalbetrieb erhebliche biologische Risiken verbunden. Die durch Unfälle (menschliches und technisches Versagen), Sabotage, Terror und Krieg drohenden nuklearen Katastrophen sind in gesundheitlicher Hinsicht von unabschätzbarer räumlicher und zeitlicher Tragweite, entspricht doch die langlebige Radioaktivität, die sich innerhalb eines jeden Betriebsjahres in dem geplanten Reaktor ansammelt, jener von über tausend Hiroshimabomben.

Weiters birgt der periodisch notwendige Transport erheblicher Mengen hochradioaktiven und hochtoxischen Materials Gefahren unabschätzbaren Ausmaßes in Form einer langfristigen und irreversiblen Verseuchung der Biosphäre in sich.

Die Wahl des Standortes Stein-St. Pantaleon am Rande des dicht besiedelten Zentralraumes von OÖ. verschärft die Größe und den Umfang der Gefahren sehr bedeutend - es sind davon ca. 400.000 Menschen betroffen. Hierbei muß auf die besonderen Gelände- und Klimaverhältnisse im Gebiet Perg - Enns - Ästen - Steyr hingewiesen werden und darauf, daß im Linzer Becken die biologischen Belastungen bereits den Grenzen des Erträglichen bedenklich nahe kommen.

Das Zusammenwirken der Radioaktivität mit den vorhandenen, nicht unerheblichen Mengen an chemischen Schadstoffen und Staub in der nebelreichen Beckenlandschaft dieser Donaustrecke potenziert die Schädlichkeit der einzelnen Faktoren.

Zusammenfassend stellt die Ärztekammer für OÖ. fest, daß zwischen den erfolgsversprechenden gesundheitspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre und den Auswirkungen von Atomkraftwerken der geplanten Art auf die Bevölkerung ein unlösbarer Widerspruch besteht.

Die Ärztekammer für OÖ. fordert daher alle kompetenten und alle betroffenen Stellen auf, insbesondere den geplanten Standort am Rande des oberösterreichischen Zentralraumes zum Wohle der Volksgesundheit und bevor präjudizierende Milliardeninvestitionen getätigt werden, grundsätzlich kritisch in Frage zu stellen.

WER SCHÜTZT WEN VOR WEM ?

(Überlegungen zum sogenannten Strahlenschutzgesetz)

Die Schädlichkeit radioaktiver Strahlung, auch kleinster Mengen, ist heute nicht mehr Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion. Die biologischen Schäden sind Krebs und Leukämie; ferner erblich bedingte Mißbildungen, die oft erst nach einigen Generationen auftreten. (Umfangreiche Tierversuche mit Tieren mit kurzer Generationsdauer liefern den Beweis).

Die sogenannten Strahlenschutzgesetze lassen (im Interesse der Kernindustrie, denn sonst hätte sie keine Möglichkeit zu existieren und zu expandieren) zu, daß Kernspaltanlagen radioaktive Strahlung abgeben dürfen.

Es ist müßig, über die willkürlich festgelegte und "gesetzlich tolerierte" Strahlenmenge zu reden. Mehr Strahlung gibt mehr Krebstote und mehr Mißbildungen, weniger Strahlung gibt weniger Krebstote und weniger Mißbildungen. Das Strahlenschutzgesetz müßte demnach in "Bestrahlungserlaubnisgesetz" umbenannt werden.

Für uns spricht, daß wir trotz aller Verharmlosungspropaganda und Manipulation so kritisch geblieben sind und die Zusammenhänge durchschauen.

Für uns spricht, daß wir die feste Absicht haben, überleben und den Nachkommen eine intakte Umwelt hinterlassen zu wollen (ohne radioaktive Verseuchung der Biosphäre).

Wir sind wahrscheinlich keine angenehmen Menschen im heutigen Gesellschaftssystem, keine opportunen Jasager.

Sind wir deshalb unsachlich?

DAS STRAHLENSCHUTZGESETZ IST WISSENSCHAFTLICH NICHT HALTBAR.

Ist das eine unsachliche Aussage? Und ist das etwa unangebracht, wenn wir dann ein Überdenken fordern, einen Aufschub für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich, bis diese Frage geklärt ist? Ist das unberechtigt, wenn wir die Parteistellung für die betroffene Bevölkerung fordern, wie sie in demokratischer Weise selbstverständlich den in der Umgebung von Betrieben wohnenden Menschen nach der Gewerbeordnung zugestanden wird, nicht aber in dem bei Atomkraftwerken anzuwendenden Strahlenschutzgesetz?

UND DESHALB IST DAS STRAHLENSCHUTZGESETZ AUCH UNDEMOKRATISCH.

Da stimmt doch etwas nicht!

Lassen wir Dennis Meadows, den Verfasser des 1. Berichtes an den "Club of Rome" (Die Grenzen des Wachstums) für uns sprechen: "Es gibt Atomgegner und solche, die noch nie darüber nachgedacht haben".

Verehrter Leser, Sie sollten einmal darüber nachdenken!

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im WSL, 4010 Linz, Postf. 167
Für den Inhalt verantwortlich: Asta Krejci, 4470 Enns, Zieglerstr.

Dr. Hermann Holz im Leitartikel der ÖÖN vom 19. April 1975:
"Die Parteien werden sich dessen bewußt werden müssen, daß mit der Entscheidung über Einsatz oder Verzicht der Atomkraft für die Wirtschaft die große gesellschaftspolitische Entscheidung des Jahrhunderts fällt. Es geht darum, ob unser Produktionssystem, auch noch mit dem Risiko der Atomenergie belastet, zu immer rasenderen Umdrehungen gepeitscht werden soll, oder ob mit dem Verzicht auf Atomstrom und der dadurch unvermeidlichen Einschränkungen ein organischer Wandel zu einer in jeder Weise gesünderen Existenzform und neuen gesellschaftspolitischen Wertauffassungen eingeleitet werden kann."

BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMGEFAHREN, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL)
lieberheuteaktivalsmorgenradioaktiv lieberheuteaktivalsmorgenradioaktiv lieb

SICHER, SAUER, UNENTLEHRICH, UNERSCHÖPFLICH....

So heißt die unwahre Propaganda für die Atomenergie.

Weder S I C H E R, denn....

Auch bei Atomkraftwerken ist das Unfallrisiko nicht vollständig ausgeschlossen. Ein absolut sicheres Atomkraftwerk gibt es nicht. Im Gegenteil, es konnte zwar bisjetzt ein Superunfall weltweit verhindert werden, aber beängstigende Störfälle gab es schon genug. Auch solche, die haarscharf am GAU (größten angenommenen Unfall) vorübergingen, wie der deutsche Innenminister Genscher beispielsweise zum Unfall am 25.2.1973 in Würgassen im Brief GZ IV C1-5533-061 vom 13.4.1973 feststellte.

Würgassen hatte bisjetzt drei schwere Störfälle (22.3.72, 12.4.72, 25.2.73), aber auch andere deutsche Atomkraftwerke blieben nicht verschont: Lingen, Gundremmingen, Obrigheim. Den Schweizern ging es nicht besser. Alle drei Kraftwerke hatten ihren Störfall: Beznau, Mühleberg und Lucens, wobei letzteres überhaupt stillgelegt werden mußte.

Wir Österreicher haben noch eine Galgenfrist bis 1976. Dann soll nämlich Zwentendorf in Betrieb gehen. Bei solchen Störfällen wurden beachtliche Giftmengen von Radioaktivität an die Umwelt abgegeben, durch den Schornstein oder in das Kühlwasser (Radioaktives Jod in Windscale, sodaß 3 Millionen Liter Milch vernichtet werden mußten; über 1000 cbm radioaktives Wasser bei Würgassen in die Weser; bei Lingen die 13-fach erlaubte Jahreshöchstabgabe von Aktivität in das Kühlwasser innerhalb einer Stunde....)

Und dann beteuern die Atomverfechter, daß die Bevölkerung gesundheitlich nicht gefährdet sei. Das sollen wir ihnen glauben? Was ist also bei einem Atomkraftwerk wirklich sicher?

Sicher ist, daß während des Betriebes ungeheure Mengen an giftigen radioaktiven Stoffen sowohl in gasförmiger, flüssiger und fester Form anfallen, die technisch beherrscht und von der Umwelt abgeschlossen bleiben müssen. So entsteht während eines einzigen Betriebsjahres in einem 1000 MW (Megawatt) Reaktor die Radioaktivität von ca. 1000 Hiroshima-Bomben. Können Sie sich vorstellen, welche

technische und menschliche Perfektion notwendig ist, diese Strahlungskraft im Zaum zu halten? Nichts ist den Atomfachleuten unangenehmer und peinlicher, als sie mit der Bombe in Zusammenhang zu bringen. Tatsache ist, daß sich die "friedliche Kernenergie" direkt aus der Kriegsindustrie ableitet. Es wird ja nicht die Explosionskraft verglichen sondern die Strahlungskraft. Und Radioaktivität bleibt Radioaktivität, egal ob in der Bombe oder 1000 mal größer im Reaktor des Kraftwerkes St. Pantaleon.

Ungefähr 20% der Radioaktivität sind gasförmig; das wären 200 Bomben. Was geschieht, wenn es zu einem Superunfall kommt, wenn die Kühlung versagt, wenn der Reaktor schmilzt und die Notkühlung versagt, wenn die Sicherheitsbehälter platzen und Radioaktivität entweicht? Da nützt auch das Abschalten des Reaktors nichts mehr. Eine tödliche radioaktive Wolke würde sich sofort ausbreiten und mit dem Wind weiterwandern. Die eine Hiroshima-Bombe hatte 260.000 Tote und 153.000 Verletzte, Strahlengeschädigte und Vermißte zur Folge.

Aber nicht nur technisches und menschliches Versagen können Ursache eines Unfalles sein. Die Möglichkeit einer Sabotage ist geradezu erschreckend. Prof. Jean Rossel, Direktor des Instituts für Physik an der Universität Neuchâtel, meinte, wenn ein geplanter Sabotageakt in einem Atomzentrum ausgeführt würde, so bedeutete dies eine Katastrophe für das ganze Land. Er zitierte weiters eine neue Studie der Atomenergiekommission (AEC), nach der die Wahrscheinlichkeit eines ernstesten Unfalles ungefähr 1/1000 pro Reaktor und Jahr beträgt. Das heißt, daß bei 1000 Atomkraftwerken, wie sie im Jahr 2000 in den USA laufen sollen, jährlich mit einem schweren Unfall zu rechnen ist.

Die Atomfachleute und die Behörden wissen sehr wohl, daß auch ein Superunfall im Bereich der Möglichkeit liegt. Es gibt für die Umgebung der Atomkraftwerke Katastropheneinsatzpläne, die aber aus sehr einleuchtenden Gründen geheim bleiben. Würden sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, könnten Sie daran sehen, wie wenig Ihr Leben, Ihre Gesundheit, Ihr Eigentum und Ihr Grundwert sind. Hier wird die Unmenschlichkeit und Rücksichtslosigkeit der Atominteressenten offenkundig.

Für die nur 71 MW großen Reaktoranlagen von Karlsruhe wurde durch eine Indiskretion der Katastropheneinsatzplan bekannt: Sie werden es nicht glauben! Bei einem großen Unfall soll die Bevölkerung im Umkreis von 10 km eingeschlossen werden. Niemand darf aus dem Sperrgürtel heraus. Oder haben Sie einen Strahlenschutzbunker zu Hause? Im Linzer Bauzentrum ist übrigens ein solcher Raum zur Berücksichtigung eingerichtet worden. Ein Besuch kann nicht schaden. Sie bekommen dann einen Vorgeschmack auf die strahlende Zukunft im Donaublich zwischen Oberösterreich und Niederösterreich.

Empfehlenswerter wäre bei einem ernstem Unfall allerdings die Flucht. Die meisten Katastropheneinsatzpläne sehen die bedingungslose Evakuierung innerhalb weniger Stunden vor. Wie würde man im Ernstfall die Stadt Linz gegen die Windrichtung in so kurzer Zeit evakuieren? Sie werden einsehen, daß das praktisch kaum durchführbar ist. Es ist auch nicht bekannt, wann eine gefahrlose Rückkehr möglich ist. Worauf basiert nun die Sicherheit von Atomkraftwerken?

Sicher ist nur, daß die internationale Atomindustrie gezielt ihre Gifteier auslegen will und mit einer ebenso gezielten Propaganda die Bevölkerung über die damit verbundenen Gefahren unzureichend und falsch informiert. Sicher ist ferner, daß diese Gifteier möglichst rasch ausgelegt werden sollen, denn das wachsende Unbehagen und die berechtigte Angst vor der Atomkraft, die weltweit spürbar werden, drängen zur Eile. Die weltumspannenden Pläne der Kernindustrie werden sich aus verschiedenen Gründen ohnehin nie vollständig verwirklichen lassen.

LINZER UND ENNSER, NIEDERÖSTERREICHISCHER UND OBERÖSTERREICHISCHER !
Können Sie die Absichten der Kernkraftwerks-Planungsgesellschaft noch nicht näher? In der Gemeinde St. Pantaleon soll eine Gruppe von drei Atomkraftwerken mit je 1000 MW errichtet werden. Die Baubewilligung für den ersten Block soll im Herbst 1974 gegeben werden, der Baubeginn ist für Frühling 1975 vorgesehen, die Inbetriebnahme für 1980/81. Am Kraftwerk werden die Verbundgesellschaft und die meisten Landesgesellschaften wie OKA und NEMAG beteiligt sein. Internationale Interessen, denen es mehr um das Geschäft als um unser Wohl geht, spielen wesentlich mit. Unsere Zukunft liegt aber nicht nur in einer gesicherten Energieversorgung. Im Vergleich dazu sind Gesundheit und Erbgesundheit wesentlich höher einzuschätzen.

Sie gehören zur großen Familie der mindestens 400.000 Menschen, die vom Plan der Errichtung dieser überdimensionalen Atomkraftwerksgruppe in St. Pantaleon betroffen und aufs Äußerste bedroht ist. Überlegen Sie selbst, was Ihnen bisher an Information geboten wurde. Von den Kraftwerksbauern, die ihre eigenen geschäftlichen Interessen vertreten, kann eine objektive Aufklärung nicht erwartet werden.

Aber von den von Ihnen gewählten Volksvertretern können Sie Aufklärung verlangen. Auch über das Kraftwerksprojekt wird eine politische Entscheidung fallen. Sie ist für Landes- und Kommunalpolitiker in der jetzigen Situation von ungeheurer Tragweite. Verantwortungsbewußten Politikern wird diese Entscheidung wesentlich erleichtert, wenn sie die Meinung der Bevölkerung auf ihrer Seite wissen. Helfen Sie daher unseren Volksvertretern mit Ihrer Unterschrift gegen das Atomkraftwerk die richtige Entscheidung treffen. Erinnern Sie sie zugleich daran, daß sie unsere Gesundheit und unser Leben nicht gefährden dürfen, indem sie unter dem Vorwand eines überholten Fortschrittdenkens mit der internationalen Atomkapitalgruppe zusammenarbeiten.

Die BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMGEFAHREN wurde aus echter Sorge um die Gefahren, die mit einem Atomkraftwerk verbunden sind, ins Leben gerufen. Unterstützen Sie unsere Sache, unterschreiben Sie gegen das Atomkraftwerk, werden Sie Mitglied bei uns! Wir sind überparteilich und völlig unabhängig. Wir sagen das, was andere nicht mehr sagen dürfen. Sie befinden sich in bester Gesellschaft mit vielen finanziell unabhängigen Wissenschaftlern und 2 1/2 Millionen Mitgliedern des WSL auf der ganzen Welt, denen eine gesicherte Zukunft mehr bedeutet als vorübergehende wirtschaftliche Vorteile.

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren
Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

Postfach 167
4010 Linz

Postscheckkonto 2376.031

Für den Inhalt verantwortlich:

Ing. Kurt Siegl
Mauthausenerstraße 44
4470 Enns

23.6.1978

STELLUNGNAHME DER BUNDESLEITUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER JUGEND ÖSTERREICHS ZUR KERNENERGIE

Vorbemerkung:

Die Frage der Kernenergie ist von so großer Bedeutung für uns, für unsere Nachkommen, für alle zukünftigen Generationen, daß die Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugend Österreichs dazu nicht schweigen kann. Sie muß klar Stellung beziehen, Jugendliche umfassend informieren und zu eigenem Engagement auffordern.

Ethische Überlegungen:

1. Die Entwicklung der Atomtechnologie hat es dem Menschen erstmals ermöglicht, nicht nur über sein eigenes Leben und seine gegenwärtige Umwelt zu verfügen, sondern in das Schicksal zukünftiger Generationen einzugreifen.

Unter den heute verbreiteten Wertvorstellungen unserer Gesellschaft besteht Gefahr, zugunsten kurzfristiger Vorteile die Verantwortung für die Zukunft zu leicht zu nehmen. Eines der größten Probleme, nämlich den Atom Müll über Jahrtausende sicher und gefahrlos aufzubewahren, ist weder technisch noch politisch gelöst und stellt eine ernste Bedrohung für Menschen und Umwelt dar. Der heutige und der zukünftige Mensch muß jedoch bei jeder Entscheidung im Mittelpunkt stehen.

Kein Mensch, in welcher politischen Funktion auch immer, ist moralisch dazu legitimiert, zur angeblichen Mehrung unseres Wohlstandes Entscheidungen zu treffen, auf Grund derer unsere Nachkommen auf Jahrtausende in Mitleidenschaft gezogen und gezwungen werden, an den Folgen unserer heutigen Kurzsichtigkeit mitzutragen.

2. Das Hauptargument für die Kernenergie heißt: Erhaltung des Wirtschaftswachstums.

In unserer am Wachstum orientierten Gesellschaft werden vorhandene Produktionsmittel dazu ausgenutzt, immer mehr und immer kürzerlebige Güter (Wegwerfprodukte) zu erzeugen. Damit diese Güter jedoch auch abgesetzt werden können, wird den Menschen eingeredet, daß Glück möglichst großen Besitz an möglichst neuen Dingen bedeutet. Da ständig wachsende Produktion immer mehr Energie braucht, werden auf diese Weise Atomkraftwerke nötig. Wirtschaftliche Maßnahmen müssen aber danach beurteilt werden, ob sie den Menschen in vermehrte materielle und ideelle Abhängigkeiten führen und ihn menschlich verkümmern lassen - oder ihm mehr Freiheiten und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung bringen. Unsere an Quantität orientierte Wirtschaft führt zur Entmündigung des Menschen. Auch für das Argument der Arbeitsplatzsicherung durch steigenden Energieverbrauch fehlt jeder exakte Beweis. Vielmehr kann bei fortschreitendem Wirtschaftswachstum ab einem bestimmten Punkt mehr Energie nur noch dazu eingesetzt werden, Menschen durch Maschinen zu ersetzen und so Arbeitsplätze "wegzurationalisieren".

Jeder gesellschaftsbewußte und christlich denkende Mensch wird deshalb für eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik von quantitativen auf qualitative Ziele eintreten.

3. Die Gewinnung der Atomenergie ist ökonomisch nur in möglichst zentralisierter Form vertretbar, das heißt in wenigen großen Anlagen.

Menschen geraten dadurch in noch größere Abhängigkeit, wichtige Entscheidungen werden immer mehr von wenigen Mächtigen für immer mehr Abhängige getroffen.

Ziel der Entwicklung unserer Gesellschaft muß es aber sein, jedem Menschen ein möglichst hohes Maß an Selbst- und Mitbestimmung einzuräumen.

4. Nicht nur technische und wirtschaftliche Gründe sprechen für eine Konzentration der Kernenergiegewinnung, auch die Kontrolle über diese gefährlichen Anlagen wird dadurch wesentlich einfacher und wirkungsvoller. Der grundsätzlich lebensfeindliche Charakter dieser Energieform macht einen noch nie dagewesenen Aufwand an Sicherheitsmaßnahmen und Kontrolleinrichtungen notwendig. Doch nicht nur technischer Schutz ist nötig, auch vor dem Menschen selbst müssen solche Anlagen geschützt werden, vor seiner Fehlbarkeit, seiner Unzuverlässigkeit, seinen Stimmungsschwankungen, seinen Schwächen, seiner Machtgier. Kernkraftwerke bieten sich als besonders wirkungsvolle Ziele für Erpressungs- und Sabotageversuche an.

Die Sicherheit muß um jeden Preis garantiert sein. Das bedeutet: Für jene, die solche Werke absichern sollen, müssen Ausnahmebestimmungen gelten, sie müssen Erlaubnis haben, gewisse bürgerliche Rechte und Freiheiten anderer Menschen außer Kraft zu setzen.

So werden totalitäre, schwer kontrollierbare Kontrollsysteme errichtet, die unsere demokratische Gesellschaft gefährden und die willkürliche Einschränkung persönlicher Freiheiten erlauben.

Alternativen: Wir sind nicht auf die Kernenergie angewiesen, es gibt genügend wirksame Alternativen:

1. Energiesparen. Bessere Isolation von Gebäuden, Einschränkung des Individualverkehrs zugunsten des energiesparenden Massenverkehrs (vor allem in den Städten). Produktion von langlebigen, wenig energieintensiven Gütern statt energieintensiver Wegwerfprodukte, gemeinschaftliche Nutzung von Elektrogeräten sind nur einige der vielen Möglichkeiten.
2. Energieproduktion. Optimale Nutzung der vorhandenen Wasserkraft, dezentrale Energiegewinnung in Kleinkraftwerken, lokale Nutzung von Wasser-, Wind- und Sonnenkraft, Ausbeutung unkonventioneller Energieformen wie geothermischer oder Bioenergie.

Schlußfolgerungen:

Für die Bundesleitung der AkJÖ ergibt sich an Folgerungen daraus:

1. Unter diesen Bedingungen ist der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken grundsätzlich abzulehnen.
2. Auch das bereits gebaute Kernkraftwerk Zwentendorf darf nicht in Betrieb genommen werden.
3. Die Erforschung und Nutzbarmachung alternativer Energiequellen muß vermehrt gefördert werden.
4. Die kleinräumige, dezentrale Energiegewinnung muß als Alternative angestrebt werden.
5. Maßnahmen zum Energiesparen dürfen nicht behindert, sondern müssen massiv unterstützt werden.
6. Die Bundesleitung katholischer Jugend Österreichs setzt sich für eine Bewußtseinsbildung in Hinblick auf einen neuen Lebensstil und für eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik von quantitativen auf qualitative Ziele ein. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Jugend Österreichs wird in ihrem Bereich in diesem Sinn arbeiten.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Drucker: Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL), 4010 Linz, Postfach 167, PSK 2376.031

F.d.L.v.: Dipl.-Ing. Friedrich Witzany, 4490 St. Florian, Im Sommerlandl 7

BÜRGER-AKTIV

DAMIT ES UNS AUCH MORGEN NOCH GUT GEHT

3. Jahrgang

Sept. 1978

Folge 25

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Naturschutzbund, Landesgruppe Oberösterreich veranstaltet die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS folgende Vorträge, gehalten von zwei international bekannten Experten. Bringen Sie bitte auch Bekannte mit!

Freitag, 29. September 1978, 19 Uhr 30
Landeskulturzentrum Ursulinenhof, Großer Saal

Prof. Dr. Pierre Fornallaz, Zürich
SONNENERGIE - Energie für die Zukunft

Doz. Dr. Theo Ginsburg, Zürich
Ökonomische Aspekte der KERNENERGIE

Eigentümer, Herausgeber
und Verleger: Weltbund
zum Schutze des Lebens (WSL)
Sektion Österreich
4010 Linz, Postfach 167
4861 Schörfling, Kasten 20
Eigenvervielfältigung
F.d. Inhalt verantwortlich:
Ing. Hans Rummel, Schloß-
straße 28, 5020 Salzburg

P.b.b.
Erscheinungsort Linz
4020 Linz

Fam.
Dr. Josef Reitinger

Koppstr. 23
4020 Linz/Zaubertal

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Die Gewerkschaftsjugend ladet ein zu einer Diskussionsveranstaltung

ZWENTENDORF JA ODER NEIN

am Dienstag, den 26.9.1978 um 19 Uhr 30 im Kandlheim Linz
Edlbacherstraße 1 (Straßenbahnhaltestelle Herz-Jesu-Kirche oder
Obus-Haltestelle Nowarragasse)

Am Podium: Prof. Paul Blau, wissensch. Leiter des Institutes für
Gesellschaftspolitik Wien

Dr. Herbert Bandhauer, Direktor der Verbundgesellschaft

Dr. Walter Bosch, SPÖ-Bundesrat aus Vorarlberg und

ein Vertreter des Atomkraftwerkes Zwentendorf

Eintritt frei, Platzkarten evtl. Jugendreferat der Arbeiterkammer,
Volksgartenstr. 40, Zimmer 307

+ + + + +

Literaturhinweis:

Traudy Rinderer aus Götzis hat in der Zeit vom 26. Jänner bis
4. April 1978 zum Thema Atomenergie täglich dem Herrn Bundeskanzler
einen Brief geschrieben. Die Zusammenfassung ist nun in Taschenbuch-
form um S. 39.- im Buchhandel erhältlich (Sensen-Verlag Wien)

Nachfolgend eine Kostprobe:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! 24. März 1978

Heute, am Karfreitag, gedenken wir des größten politischen Irrtums
aller Zeiten.

Hätte doch Pilatus auf seine Frau gehört, die ihn vor der Fehlent-
scheidung bewahren wollte.

Pilatus ließ sich zwar eine Schüssel mit Wasser bringen und sagte:
"Ich wasche meine Hände in Unschuld";

dennoch - das unselige Angedenken haftet immer noch auf ihm -
obwohl er dem Volk die Entscheidung überließ.

Auch die 30 Silberlinge machten Judas schlußendlich nicht froh.

Mit besten Wünschen für gesegnete, fröhliche Ostern

Ihre T.R.

+ + + + +

Anbei finden Sie ein Flugblatt. Es sind mehrere Sorten an Flugblät-
tern lagernd. Bestellungen bitte unter: BIAG Linz, Postfach 167
4010 Linz

+ + + + +

Erlauben Sie uns, auf diesem Wege für die vielen Spenden zu danken.
Sollten Sie uns weitere Spenden übermitteln wollen, bitte unter
Kontonummer: PSK 2376.031. Wir sind weiterhin für jede Spende
dankbar.

BÜRGER-AKTIV

DAMIT ES UNS AUCH MORGEN NOCH GUT GEHT

3. Jahrgang

August 1978

Folge 20

Sehr geehrte gnädige Frau,
sehr geehrter Herr,
liebe Freunde!

Nun hat der Entscheidungskampf über die Atomenergie - Ja oder Nein -
begonnen.

Die bevorstehende VOLKSABSTIMMUNG über die Inbetriebnahme von AKW-Zwentendorf zwingt zu entscheidendem und energischem Handeln! Alle Kräfte müssen nun aktiviert werden!

Es gilt, einen möglichst hohen Prozentsatz von Nein-Stimmen zu erreichen. Denn je höher dieser Prozentsatz ist, desto mehr wird sich die Regierung die Verantwortung der Inbetriebnahme gegen einen wesentlichen Teil der Bevölkerung überlegen und desto weniger wird der Bau weiterer Atomkraftwerke in Frage kommen.

Wir müssen daher nun mit allen Mitteln gegen die primitiven Propaganda-Lügen der Betreiberseite, der Atom- und Elektrizitätswirtschaft und der mit ihnen verquickten G e l d m ä c h t e auftreten und sie widerlegen: Denn die Atomenergie bringt weder Arbeitsplätze, im Gegenteil, sie vernichtet sie (siehe USA, Bundesrepublik usw.), noch kann sie unsere Lebensqualität steigern - im Gegenteil! Ebenso haben wir gegen das Gejammer über "die verlorenen sieben Milliarden Schilling" sowie gegen das Argument "rund um Österreich gibt es schon Atomkraftwerke" schlagende Gegenargumente.

Um sie aber an den Großteil der noch nicht aufgeklärten und unentschlossenen Bevölkerung heranzubringen, müssen wir Versammlungen und Vorträge abhalten, brauchen wir Flugblätter, Broschüren, Plakate, Postwurfsendungen usw.

D i e s a l l e s k o s t e t G e l d u n d w i e d e r G e l d

Die Atompropaganda hat riesige Beträge (siehe umseitig). Wir haben solche Geldquellen natürlich nicht, und auch die Regierung hat bereits erklärt, daß sie den Atomkraft-Gegnern "keinen Schilling" geben wolle. Wir können uns daher nur an alle jene wenden, die bereits wissen, was die Atomkraft für ihre und ihrer Kinder Zukunft bedeutet und die bereit sind, sich dieser Bedrohung entgegenzustellen.

Nur durch eine Vielzahl großzügiger Spenden können wir wenigstens das unbedingt notwendige Mindestmaß an finanziellen Mitteln für unsere Aufklärungsarbeit zur Volksabstimmung erhalten.

Wir appellieren daher an alle:

Bringen Sie jetzt ein E c h t e s O p f e r! Es kann dies je nach Lage des einzelnen ein kleinerer oder größerer Betrag sein. Helfen Sie alle mit! Sie tun es im Interesse Ihrer und Ihrer Familie Gesundheit und auch für kommende Generationen.

Ing.V.Baurecker e.h. Dr.F.Roschall e.h. Dipl.Ing.F.Witzany e.h.

E-Wirtschaft läßt sich Zwentendorf viel kosten

35 Millionen für Atom-Ja

Von Herwig Schmidl

35 Millionen Schilling läßt sich Österreichs E-Wirtschaft die Volksabstimmung über Zwentendorf kosten. Auf der Gegenseite stehen die Atomgegner mit leeren Händen. Auch die Parteien rüsten zum Feldzug.

Der Aufmarsch zur Materialschlacht zwischen David und Goliath um die Atom-Volksabstimmung am 5. November hat begonnen. David: das sind die Atomgegner; Goliath: die Elektrizitätswirtschaft. Dazwischen tummeln sich auf diesem Schlachtfeld die politischen Parteien, um ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Die SP geht mit einer klaren Aussage in diesen Wahlkampf: Ja zu Zwentendorf. Dafür ist sie auch bereit, die Millionen lockerzumachen. Aber nicht so sehr die Partei selbst als die sozialistische Fraktion im Gewerkschaftsbund, der ja einer der stärksten Atomkraftbetreiber ist.

Atomgegner: Kredit

In der Zeitschrift „Solidarität“ wird der Standpunkt der sozialistischen Gewerkschafter allen ÖGB-Mitgliedern nahegebracht, und „viel Betriebsarbeit“ (so ein SP-Sekretär) wird den Werbefeldzug der sozialistischen Gewerkschafter abrunden. Als flankierende Maßnahme sozusagen wird auch die SP selbst mit Zeitungsinserten und Plakaten den Werbefeldzug ihrer Gewerkschafter abdecken.

In Niederösterreich aber hat der Kampf um Zwentendorf

schon begonnen: In zwei Postwurfsendungen versandte sich SP-Landeshauptmannstellvertreter Hans Czettel an seine „lieben Niederösterreicher“. Alles in allem schätzen Insider die Kosten für den SP-Werbefeldzug auf rund zehn Millionen Schilling.

Nur ein Drittel dieser Summe will die VP hinlegen. Und auch das als Obergrenze. Sie wird in ihrer Werbung klarzumachen versuchen, weshalb sie zum Atomgesetz nein sagt. Dazu wird sie vor allem „die normalen Werbekanäle wie die VP-eigenen Zeitungen, die Mitarbeiterinformationen benützen“, kündigte Geschäftsführer Kurt Bergmann an.

Darüber hinaus wird an alle Bürger eine Postwurfsendung geschickt, und für den Monat September hat sich die VP 3000 Plakatflächen reservieren lassen. „Vorsorglich“, wie Bergmann meint. Ob sie auch mit Plakaten beklebt werden, hänge davon ab, wie stark sich die SP engagiere.

Bescheiden, aber doch wird sich die FPÖ – jene Partei also, die sich gegen Atomenergie festgelegt hat – an der Schlacht um Zwentendorf beteiligen. Wie hoch der Etat sein wird, legt die Partei erst im August fest, erklär-

te Götz-Adjutant Helmut Krünes.

Vollends aus dem Nichts schöpfen die Atomgegner: Elisabeth Schmitz, Vorsitzende der Katastrophenhilfe österreichischer Frauen und engagierte Antiatomkämpferin, nahm einen Kredit von 460.000 Schilling (Laufzeit zehn Jahre) auf, um die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten. Mit einer Bilderauktion sollen neue Gelder flüssiggemacht werden. Im übrigen setzen die Atomgegner auf ihre Eigeninitiative: Was an Geld fehlt, soll mit persönlichem Einsatz wettgemacht werden.

Millionen-Werbung

Um so mehr ist die E-Wirtschaft bereit, mit Geld das Steuer auf die ihr genehme Seite herumzureißen: 35 Millionen Schilling, so berichten Insider, wurden für den Werbefeldzug flüssiggemacht. Zur Hälfte werden die Millionen von der dem Bund gehörenden Verbundgesellschaft aufgebracht, zur Hälfte von den Landesgesellschaften.

„Wir werden rein sachliche Informationen geben“, gab Verbund-Direktor Sommerbauer die Leitlinie für die Kampagne aus. Und zum Betrag: „Was? 35 Millionen? Das stimmt nicht. Erst nächste Woche werden wir Einzelheiten festlegen.“

„Katastrophenfrau“ Schmitz will übrigens jetzt durch Ihren Anwalt in einem elf Seiten starken Antrag an den Verfassungsgerichtshof das Volksabstimmungsgesetz über Zwentendorf anfechten lassen. Schmitz fühlt sich in ihren staatsbürgerlichen Rechten, und zwar im Recht auf Leben und Gesundheit, verletzt.

KURIER 23.7.78

Eigentümer, Herausgeber
und Verleger: Weltbund
zum Schutze des Lebens (WSL)
Sektion Österreich
4010 Linz, Postfach 167
4861 Schörfling, Kasten 20
Eigenvervielfältigung
F.d. Inhalt verantwortlich:
Ing. Hans Rummel, Schloß-
straße 28, 5020 Salzburg

P.b.b.
Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4020 Linz

Herrn u. Frau 313
Dr. J. u. G. Reitinger
Koppstr. 23
4020 LINZ

ATOMKRAFTWERKE

Verbläfter Traum

Ein Zwischenfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel offenbarte schwere Fehler der Bedienungsmannschaft. Unterdes stellten Experten fest: Atomreaktoren dieses Typs sind besonders störanfällig.

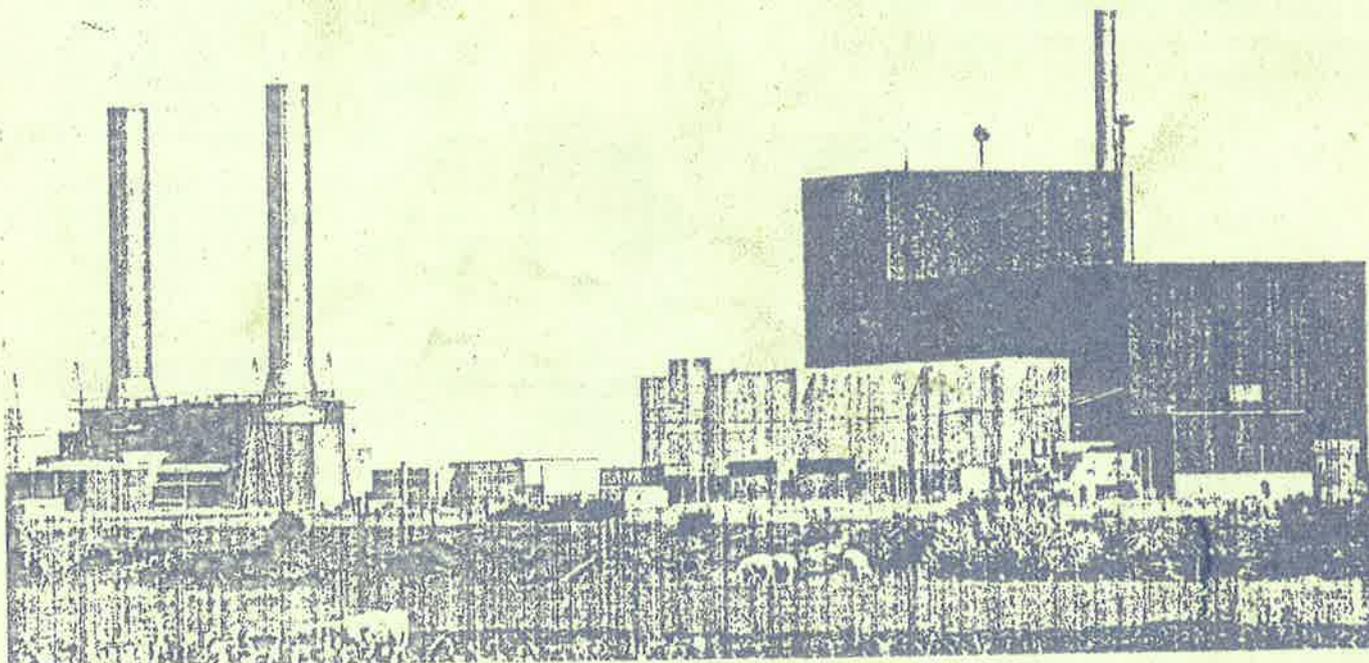
Der Störfall ereignete sich am vorletzten Sonntag um 20.35 Uhr, genau zehn Minuten vor dem Anpfiff des WM-Spiels Deutschland gegen Holland: Im Maschinenraum des Atomkraftwerks Brunsbüttel brach ein Rohrstutzen von acht Zentimeter Durchmesser. Zischend, mit etwa 25 Atmosphären Druck, entwich an der Bruchstelle Dampf.

gen und „grob fahrlässiges“ Handeln der Bedienungsmannschaft sei es zu einem „schweren Unfall“ gekommen. Nur durch einen unbeabsichtigten Kurzschluß hatte sich der Reaktor schließlich abgeschaltet.

Vor allem aber mußten sich die HEW vorwerfen lassen, daß sie 36 Stunden lang die Öffentlichkeit nicht informiert hatten und auch dann noch mit unvollständigen Berichten den Herangang zu verschleiern suchten.

Die Nachtschicht-Männer im Kraftwerk, etwa ein Dutzend Techniker, hatten sich mit dem Herunterfahren des Reaktors soviel Zeit gelassen, weil ihnen der ausströmende Dampf harmlos erschien: Die Radioaktivitäts-Meßgeräte im Abluftkamin zeigten vom ersten Moment an keine alarmierenden Werte.

Brunsbüttel ist derselbe Atomkraftwerkstyp wie Zwentendorf



Atomkraftwerk Brunsbüttel: Nach drei Stunden Dampfaustritt eine Notabschaltung aus Versehen

entnommen aus:

DER SPIEGEL 26/1978

überreicht durch:

BÜRGERINITIATIVE
GEGEN ATOMGEFAHREN

im Weltbund zum
Schutze des Lebens

4010 Linz
Postfach 167

Eigenvervielfältigung

Drei Stunden lang füllte der mit kaum verminderter Heftigkeit ausströmende Heißdampf die Halle mit Nebel, ehe sich die Ventile schlossen.

Schlamperei im WM-Fieber? „Da gibt es zwar viele Fernschmonitore“, versichert Kraftwerksingenieur Heinz Nika von den Hamburgischen Electricitäts-Werken (HEW), die das Kraftwerk Brunsbüttel betreiben; „aber keinen einzigen mit Programm.“

Für die Bewohner der Umgebung verlief der Zwischenfall glimpflich: Was an Radioaktivität ins Freie gelangte, blieb unterhalb der zulässigen Grenze.

Gleichwohl erhoben, allerdings erst Tage nach dem Ereignis, die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Reaktorsicherheitskommission beim Bundestags-Innenausschuß heftige Vorwürfe: Durch menschliches Versa-

So entschlossen sich die Techniker, das Leck in aller Ruhe ausfindig zu machen — und begingen dabei zwei schwerwiegende Fehler:

▷ Durch den Überdruck in der Maschinenhalle hätte sich der Reaktor normalerweise nach fünf Minuten automatisch abgeschaltet. Um das zu verhindern, setzte die Bedienungsmannschaft diese Automatik eigenmächtig außer Kraft.

▷ Von insgesamt acht im Maschinenraum verteilten Radioaktivitäts-Meßgeräten zeigten zwei (in der Nähe des Lecks befindliche) eine erhöhte Aktivität an und verrietten so, daß der Dampf doch nicht harmlos war — aber die Wachmannschaften im Kontrollraum beachteten diese Anzeigeräte nicht.

Insgesamt strömten etwa 100 Tonnen schwach radioaktiver Wasser-

dampf aus; ein Teil davon entwich ins Freie durch sechs Überdruckklappen im Dach der Maschinenhalle (siehe Graphik). Der Rest schlug sich als Kondenswasser im Maschinenhaus nieder und verursachte schließlich, nach drei Stunden, den Kurzschluß, der zur (von den Wachmannschaften immer noch nicht beabsichtigten) Notabschaltung des Reaktors führte.

Der Störfall von Brunsbüttel hätte weniger, harmlos ausgehen können — wenn etwa der Gehalt des austretenden Dampfes an Radioaktivität so hoch gewesen wäre wie in anderen, schon länger in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerken dieses Typs. In Brunsbüttel, das erst seit Februar 1977 voll in Aktion ist, sind die Brennstäbe im Reaktorkern noch „besonders sat-

auch in Brunsbüttel gebaut wurde: der sogenannte Siedewasserreaktor.

Zwei Baureihen vor allem konkurrieren auf dem Kernkraft-Markt:

- ▷ der sogenannte Druckwasserreaktor, entwickelt von den Firmen Westinghouse und Siemens — bei diesem Typ wird Wasser in einem geschlossenen Kreislauf unter hohem Druck durch den Reaktorkern gepumpt und gibt seine dort aufgenommene Wärme an einen zweiten, nicht radioaktiven Dampf-Kreislauf ab, der sodann die Turbine treibt;
- ▷ der Siedewasserreaktor (Herstellerrfirmen: General Electric und AEG) — bei ihm wird das durch den Reaktorkern strömende Wasser direkt in den Maschinenraum geleitet

Prozent übers Jahr (von 63 auf 50 Prozent) bedeutet unterm Strich eine Steigerung der Strom-Gestehungskosten um 30 Prozent.

Als besonders störanfällig, so die Statistik, erweisen sich Mammutkraftwerke: Reaktorblöcke mit mehr als 800 Megawatt Leistung — also in der Bundesrepublik etwa Biblis und Esenshamm sowie die geplanten Anlagen in Brokdorf und Grohnde mit je 1200 MW — funktionieren weniger zuverlässig und mithin weniger rentabel als kleinere Kernkraftwerke.

Bei 800-Megawatt-Reaktoren (wie Brunsbüttel) oder noch kleineren Einheiten gab es deutliche Unterschiede je nach Kraftwerkstyp, wie eine Untersuchung der Clark University in Worcester (US-Staat Massachusetts) zeigte: Die Betriebsbereitschaft von Druckwasserreaktoren lag, im mehrjährigen Durchschnitt, um rund 15 Prozent höher als die von Siedewasserreaktoren.

So kamen die insgesamt in der westlichen Welt installierten 61 Druckwasserreaktoren im Jahr 1977 auf eine Auslastung von durchschnittlich 69 Prozent, die 42 schon betriebenen Siedewasserreaktoren hingegen nur auf 52 Prozent.

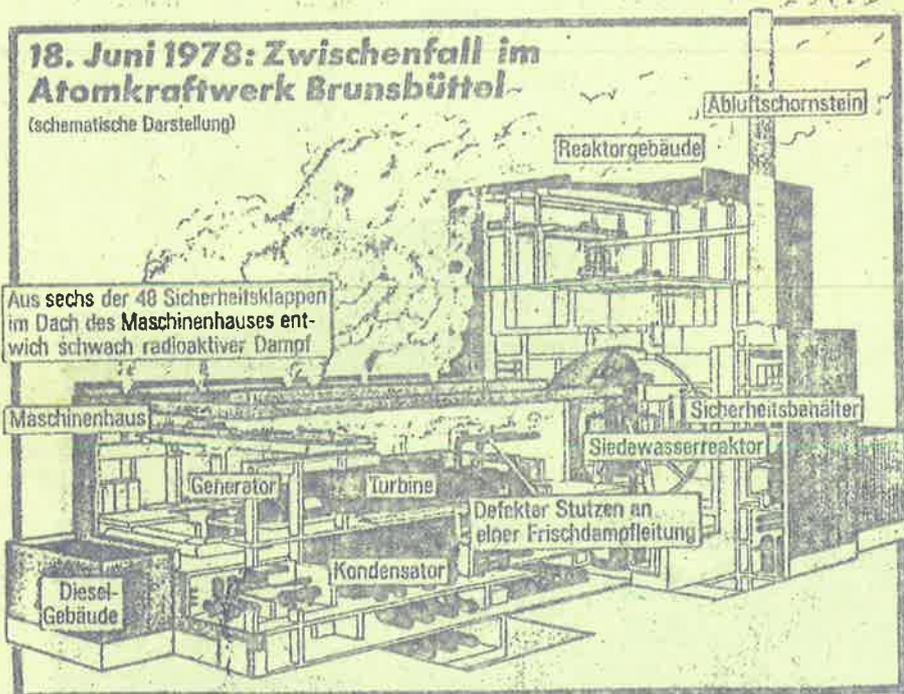
Diese Statistik gilt uneingeschränkt auch für die Bundesrepublik. Beispiele: Im letzten Jahr betrug die Arbeitsausnutzung im Kraftwerk Stade 94 Prozent, in Obrigheim 75 Prozent (beides Druckwasserreaktoren), in Würzgassen hingegen (Siedewasserreaktor) nur 65 Prozent und in Gundremmingen (nach dem schweren Unfall vom November 1975) gar nur vier Prozent.

Auch der Siedewasserreaktor in Brunsbüttel erreichte bereits in seinem ersten Betriebsjahr nur eine „Zeitverfügbarkeit“ von 51,7 Prozent: Schon einmal, am 1. September letzten Jahres, gerade ein halbes Jahr nach der offiziellen Übergabe, hatte das Werk „wegen Schäden an Axialpumpen“ fast fünf Monate abgeschaltet werden müssen.

Rund 30 bis 40 Jahre, so verkünden die Atomstrom-Erzeuger, sei die durchschnittliche Lebensdauer eines Reaktors. Aber der erste in der Bundesrepublik erbaute Siedewasserreaktor, das „Demonstrationskraftwerk“ Lingen, ist schon sehr viel früher dabei, seinen Geist aufzugeben.

1968 wurde Lingen in Betrieb genommen. Doch seit Anfang Januar letzten Jahres liegt das Werk still. Ein neues Notkühlsystem müßte eingebaut werden. Und neuerdings ist im Gespräch, ob der Reaktor in Lingen nicht doch lieber gleich „stillgelegt und abgerüstet“ werden soll (so die jüngste Ausgabe des Fachblattes „Atomwirtschaft/Atomtechnik“).

Das „Demo-Kraftwerk“ in der Nähe von Osnabrück wäre dann (nach einem Versuchskraftwerk im bayrischen Niederaichbach) schon die zweite strahlende Ruine in der Bundesrepublik. ◆



ber“ (Nika), daher die geringere Aktivität des Dampfes.

Groß genug ist der Schaden für die HEW dennoch. Frühestens im September, so letzte Woche das Bonner Innenministerium, sei mit dem Wieder-Anfahren von Brunsbüttel zu rechnen. Etwa 15 Millionen Mark Schaden haben die HEW zu gewärtigen — ein weiterer Minusposten in der ohnehin nicht rosigen Kosten-Nutzen-Bilanz der Atomkraftwerk-Betreiber.

Ausgehend von der Störanfälligkeit verschiedener Kraftwerkstypen und -größen, ist ein Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses jüngst diesen Kosten-Nutzen-Rechnungen nachgegangen — und gelangte zu einem pessimistischen Urteil. Besonders betroffen von finanziellen Verlusten durch Störfälle, so zeigten amerikanische wie auch die europäischen Statistiken, ist jener Kraftwerkstyp, der

und treibt dort als Heißdampf die Turbinen.

„Der Traum von der billigen Atomenergie ist verblaßt“, resümierte das amerikanische Magazin „US News & World Report“ die Studie des US-Kongreßausschusses.

Würden ehrlich alle Kosten der Atomenergie von der Erzgewinnung bis zur endgültigen Beseitigung des strahlenden Mülls in Rechnung gestellt, so wäre etwa aus Kohle gewonnener Strom auf absehbare Zeit „beträchtlich billiger“, heißt es in der Studie. Und nicht einmal mit den technisch noch unterentwickelten Sonnenkraftwerken könne, so gerechnet, der Atomstrom-Preis konkurrieren.

Verteuert wird die Atomenergie nicht zuletzt durch die relativ häufig nötigen Kraftwerk-Abschaltungen. Ein Beispiel: Eine Verminderung der Auslastung eines Kernkraftwerkes um 13

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren
im Weltbund zum Schutz des Lebens
Postfach 167 4010 Linz

Linz, 25. Mai 1975

P r e s s e m i t t e i l u n g

Anlässlich der Eröffnung des Informationszentrums der Gemeinschaftskernkraftwerks-GesmbH, wendet sich die Bürgerinitiative mit folgendem Protest an die Öffentlichkeit und an die Presse:

Entgegen einer chancengleichen Informationstätigkeit haben die Erbauer des Kernkraftwerkes Stein - St. Pantaleon die Möglichkeit Propagandazentren auf Kosten des Stromverbrauchers zu errichten um die Bevölkerung von der angeblichen "Gefahrlosigkeit" eines Atomkraftwerkes überzeugen zu wollen.

Obwohl der Baubeginn offiziell um ca. 1 Jahr verschoben worden ist, wird weiter geplant und vorbereitet um jedem der es anders haben möchte zu beweisen, wie wenig beeindruckt man vom Widerstand in der Bevölkerung ist.

Diese Ignoranz der tatsächlichen Stimmung in der Bevölkerung wird schon bald ihre Folgen zeigen. Ein Blick nach Deutschland, der Schweiz und nach Frankreich dürfte zeigen, womit auch in Österreich gerechnet werden muß.

Wir bewundern den Mut der zuständigen Ministerien und der Verbundgesellschaft auf die Kernenergie zu setzen, in einer Zeit

- in der in Kürze keines der Industrieländer mehr imstande sein wird, sein offizielles Energieprogramm selbst vorzufinanzieren,
- in der wir in dreifacher Weise total von den Uranlieferungen abhängig sind, nämlich in Bezug auf Uranvorräte, Anreicherungsanlagen und Investitionskapital,
- in der bereits die bestehenden Kernkraftwerke bei Uranlieferungen von der Hand in den nuklearen Mund leben müssen,
- in der die wirtschaftliche Situation beweist, daß die Fehlinvestitionen von gestern die Arbeitslosen von heute verursachen

und dies alles um sich in ein nukleares Abenteuer unvergleichlichen Ausmaßes ohne Sicherheiten zu stürzen.

Wir betonen hiermit ausdrücklich, daß sich die betroffene Bevölkerung mit der bestehenden Situation nicht abfinden wird und die Konsequenzen daraus gezogen werden!

Bürgerinitiative gegen Atom-
gefahren im W S L
Dipl.-Ing. Friedrich Witzany eh.
Asta Krejci eh.

Von unserer Salzburger Zentrale erhielten wir folgende zwei Berichte:

TAGESANZEIGER ZÜRICH 30. 12. 1974

Mehrere T o n n e n U r a n und P l u t o n i u m verschwunden
NEW YORK 29. Dezember 1974 (AFP)

Mehrere Tonnen in den U S A hergestellten Urans und Plutoniums sind nach einem Bericht der NEW YORK TIMES vom Sonntag verschwunden. Auch die Atom-Energie-Kommission wisse nicht, was damit geschehen sei. Insbesondere könne die Kommission nicht bestätigen, daß das Material nicht in die Hände von Terroristen gefallen sei, schreibt die NEW YORK TIMES. Unter Berufung auf Experten der Kommission verweist die Zeitung auf darauf, daß 40 Pfund angereicherten Urans, oder 12 Pfund Plutoniums genügen, um eine Atomwaffe herzustellen, mit der tausende von Menschen getötet werden könnten. Fachleute seien jedoch der Ansicht, daß ein Großteil des Materials wahrscheinlich aufgrund der "statistischen Methoden" verloren gegangen sei, mit denen der Weg des Materials verfolgt wird. Ein Teil könnte jedoch tatsächlich gestohlen worden sein. -

(Niederschrift nach fernmündlicher Aufnahme, - Fehler möglich)

Die tieferstehende Meldung wurde in der

Zeitschrift " D a s T i e r " Nr. 1/75 abgedruckt.

Bitte richten Sie ein Dank- und Anerkennungsschreiben an die

Schriftleitung "Das Tier", Röderbergweg 221, D-6 Frankfurt 60

Wir danken Ihnen für Ihre Mühe im Dienste des Lebens.

" F r e u n d e i h r e r M i t g e s c h ö p f e t a d e l n ,
daß im Atomreaktor nur ein Tausendstel des Brennstoffes in Energie umgewandelt wird. 99,9 v.H. bleiben als hochradioaktiver Atom Müll zurück. In Atomreaktoren werden also gefährliche Rückstände in unvorstellbaren Mengen erzeugt. Nach einer Hochrechnung wird der tägliche atomare Abfall der Atomkraftwerke bis zum Jahre 2000 auf 3.000 Kilogramm anwachsen, - mit einer Radioaktivität von 2,4 Milliarden Curie (100 Tage nachEntstehen der Abfälle). Der Erdball wird auf diese Weise dann jährlich mit einer Radioaktivität von rund einer Billion Curie verseucht. Für die Tötung eines Menschen reicht es, wenn er ein Tausendstel Curie einatmet."

Letzte Frist

Muß erst kommen die Not, die Gröhnende Faust der Gewalt,
ehe ihr trennend euch löst von des Eintags flüchtiger Lust,
ehe ihr suchend euch wendet an höherer Werte Verheißung?
Muß erst kommen der Krieg, der schmetternde Sturz des Atoms,
ehe zu spät ihr erkennt, was die Warner mutvoll gesagt?
Laßt nicht vergehen die Frist, die letzte, die euch gegeben,
wendet nach innen euch wieder und rettet die Zukunft der Welt!

Erich Limpach

Aus "Lebensschutz" (DSW) 5/6 1970